

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

27.7.1931 (No. 172)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: I. S.: G. A. Seyfried Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14
Fernsprecher Nr. 353 und 354
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3516

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Rabattabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebekanntmachung und Kontraktverträgen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Besuche in Berlin

Der amerikanische Außenminister

Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, traf am Samstag abend in Berlin auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Zur Begrüßung hatten sich eingefunden der amerikanische Botschafter Sackett sowie der Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, und verschiedene Herren der amerikanischen Kolonie. Am Sonntag besichtigten der Reichskanzler, der Reichsaußenminister, Staatssekretär Stimson und der amerikanische Botschafter Potsdam und seine Sebenswürdigkeiten. Hierauf begaben sie sich in die Reichskanzlei. Zum Abendessen waren sie bei Dr. Curtius zu Gast. Stimson wurde heute, Montag, vormittag vom Reichspräsidenten empfangen und wird heute nachmittag abreisen.

Die englischen Minister

Der englische Außenminister Henderson traf heute, Montag, morgen um halb 9 Uhr mit der Bahn in Berlin ein. Er wurde auf dem Bahnhof Friedrichstraße von Außenminister Dr. Curtius empfangen. Als die beiden den Bahnsteig entlang gingen, wurden sie vom Publikum herzlich begrüßt. Der englische Ministerpräsident MacDonald hat wegen des ungünstigen Wetters seine Reise nicht mit Flugzeug, sondern mit Bahn und Schiff am Sonntagabend nach Berlin angetreten. Vor seiner Abreise in London erklärte der Premierminister: „Ich freue mich sehr, nach Berlin zu gehen und hoffe, daß mein Besuch eine gute Wirkung habe und die in Chequers erreichten Ergebnisse weiter fördern wird“. Henderson reist am Dienstag um 22 Uhr wieder ab, während Premierminister MacDonald Mittwoch früh mit einem Flugzeug Berlin wieder verlassen will.

Internationale Bankfachverständige in Berlin

WB. Berlin, 27. Juli. (Priv.-Tel.) Von den internationalen Bankfachverständigen, die zur Prüfung der deutschen Finanzlage nach Berlin kommen sollen, sind, der „Montagspost“ zufolge, bereits am Sonntag der schwedische Bankier Wallenberg und der amerikanische Vertreter der Bank von England, Oberst Sprague, in Berlin eingetroffen. Ferner ist der Londoner Vertreter der Change National-Bank, der größte Privatbank der Vereinigten Staaten, James S. Cannon, zu wichtigen Finanzberatungen in Berlin angekommen.

Die englische Verstimmung gegen Frankreich

In der Londoner Sonntagspresse kommt die Enttäuschung über die negative Haltung Frankreichs auf der Londoner Konferenz deutlich zum Ausdruck. Diese Enttäuschung wird noch erhöht durch Frankreichs Zurückziehung großer Goldmengen vom Londoner Geldmarkt. Dem Besuch Stimmons und der englischen Staatsmänner in Berlin wird große Aufmerksamkeit geschenkt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß durch enge Zusammenarbeit zwischen Amerika und Großbritannien die Lage gerettet werden könne. — „Observer“ schreibt zu dem Besuch der englischen Minister in Berlin, beide werden empfinden, daß die Vorstellung, die Paris von Deutschland hat, von der Wahrheit weit entfernt ist. Das britische Volk ist unbedingt und unabänderlich entschlossen, niemals wieder mit Frankreich gegen Deutschland zu kämpfen. Die profranzösische und anti-deutsche Einstellung ist für immer tot. — Im Hauptleitartikel Garbins wird die Londoner Konferenz als ein „gefährlicher Fehlschlag“ angesehen, für den die unangenehme Haltung Frankreichs verantwortlich zu machen sei. Er nimmt auf die Ansicht der Pariser Presse Bezug, daß Großbritannien und Amerika nichts ohne Frankreich tun könnten, und sieht die riesigen Zurückziehungen französischer Gelder aus der City von London als französisches Druckmittel an. Er ist überzeugt, daß Amerika und Großbritannien vor Ablauf von drei Monaten bereit sein werden, gesondert vorzugehen. Der Berliner Korrespondent der „News Chronicle“ schreibt, die Entschlossenheit der Bevölkerungsmassen, den Plan der Selbsthilfe durchzuführen, statt von Frankreich Geld unter erniedrigenden Bedingungen zu borgen, sei unerschütterlich. Abgesehen von der Organisierung dieses Widerstandes werde der Kanzler, wie man glaube, keinen Weg unversucht lassen, der zu einer Verständigung mit Frankreich führen könnte. Daß die französischen Staatsmänner gewillt seien, die goldene Chance, den guten Willen zu beweisen, zu verlieren, sei kaum anzunehmen. Die Risiken einer großmütigen Politik seien groß, aber der Lohn sei größer.

Die Artisfahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Samstag über Gotland, Neval und Gellingsfors nach Leningrad geflogen und dort abends gelandet war, stieg dort Sonntag vormittag um 10.30 Uhr (MEZ.) zur Artisfahrt auf. Dr. Edener erklärte vor der Abfahrt, daß er in 20 Stunden das Franz-Josef-Archipel zu erreichen hoffe und daß man in der Nähe von Franz-Josef-Land versuchen werde, Verbindung mit dem Eisbrecher „Malugin“ herzustellen. Es werde abends Archangelsk überflogen.

WB. Friedrichshafen, 27. Juli. (Tel.) Ein Kunstflug des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ gibt den ungefähren Standort des Luftschiffes mit 68 Grad 43 Min. und 43 Grad 20 Min. östlicher Länge, also nördlich der Halbinsel Kola bei der Barents-See, an. An Bord ist alles wohl. Das Luftschiff nimmt weiter Kurs auf Franz-Josef-Land.

Letzte Nachrichten

Stimson beim Reichspräsidenten

Amerikas Vertrauen zu Deutschland

WB. Berlin, 27. Juli. (Tel.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag gegen halb 12 Uhr den amerikanischen Staatssekretär Stimson zu einer längeren Besprechung, bei der der amerikanische Botschafter, der deutsche Botschafter in Washington, v. Prittwitz, und Staatssekretär Dr. Meißner zugegen waren.

WB. Berlin, 27. Juli. (Tel.) Der amerikanische Außenminister Stimson empfing heute vormittag Pressevertreter und gab ihnen folgende Erklärung: Mein Besuch hat mir viel Freude bereitet. Es war mir vergönnt, den Herrn Reichskanzler, den Herrn Außenminister und die Mehrzahl der anderen Mitglieder der Regierung kennenzulernen, sowie eine Anzahl anderer einflussreicher Deutschen.

Selbst besuchte ich mit dem Herrn Reichskanzler und Herrn Dr. Curtius einige Museen sowie Potsdam und Sanssouci und hatte Gelegenheit, die Berliner bei ihrem Feiertag und ihrer Erholung zu beobachten. Diese Gelegenheit war mir von Nutzen und hat mich erfreut. Für Herrn Reichskanzler Dr. Brüning und seine Mitarbeiter habe ich großen Respekt und Achtung. Ich habe in Paris und in London gesagt, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk Vertrauen hat zu Deutschland, seinem Volk, seinen Hilfskräften und seiner Zukunft, und meine Ansichten sind durch das, was ich bei meinem Besuch gesehen habe, bestätigt worden. Ich glaube, daß die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten zum größten Teil zurückzuführen sind auf vorübergehenden Mangel an Vertrauen und daß mit Mut und dem wiederkehrenden Vertrauen Deutschland sein Wohlergehen wieder erlangen wird.

Verhandlungen

zwischen Sparkassen und Reichsbank

WB. Berlin, 27. Juli. (Priv.-Tel.) Wie WB.-Handelsdienst erfährt, haben zwischen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Reichsbank und den anderen in Frage kommenden behördlichen Stellen intensive Verhandlungen eingeleitet, die sich darauf beziehen, daß auch den Sparkassen bei Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs genügend Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist nicht etwa an die Schaffung einer neuen Organisation gedacht, sondern es handelt sich bei den Besprechungen in erster Linie darum, auf welcher Unterlage den Sparkassen die notwendigen Geldheihen gegeben werden. Von den Wertpapierunterlagen der Sparkassen ist bekanntlich nur ein Teil als Lombardfähig bei der Reichsbank anzulegen. Man wird also nicht umhin können, das festliegende Sparkassenkapital, von dem etwa die Hälfte in erstklassigen Hypotheken angelegt ist, in geringem Umfang zu mobilisieren und auf einer geeigneten Kreditunterlage (Wechsel) über die Reichsbank den Sparkassen die notwendigen Mittel zu geben.

Wieder Ruhe in Spanien

WB. Sevilla, 27. Juli. (Tel.) Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Die Straßenbahnen verkehren und zwar ohne daß wie in den Kristentagen Zivilgarde sie begleiten. Nur noch die öffentlichen Gebäude und die Zugangstraßen nach der Stadt werden bewacht. Man nimmt an, daß die meisten Arbeiter heute die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Religionkrieg in Mexiko

WB. New York, 26. Juli. (Tel.) Associated Press meldet aus Mexiko, der Hauptstadt des mexikanischen Staates Vera Cruz: Im Staate Vera Cruz ist infolge eines Gesetzes der Behörden, durch das die Zuschüsse an die Kirchen außerordentlich vermindert werden, ein religiöser Krieg ausgebrochen. Die Unruhen begannen damit, daß ein junger Mann gestern ein Revolvententat auf den Gouverneur unternahm. Der Gouverneur wurde leicht verletzt. Er schloß ebenfalls. Ein Regierungsbeamter schoß den Angreifer nieder. Die Nachricht von dem Attentat verbreitete sich mit Windeseile und bald hatten sich große Menschenmassen gesammelt, die nacheinander vier Kirchen angriffen und mit Benzin in Brand steckten. In einer Kirche erschienen während des Kirchengottesdienstes plötzlich vier Mann und feuerten mit Revolvern auf die beiden Priester, von denen einer getötet und der andere schwer verwundet wurde. Es brach eine Panik aus, bei der viele Kinder zu Schaden kamen.

Wegen dieser Vorfälle haben die Behörden den Belagerungszustand erklärt. Bisher herrscht völlige Ruhe, doch befürchtet man neue Unruhen, da die Religionsbehörden in Mexiko die Geistlichen in Vera Cruz angewiesen haben sollen, dem Antikirchengesetz nicht zu gehorchen, da sie es für verfassungswidrig halten.

In der Ruhr-Metallindustrie haben die am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbände beschlossen, das z. Zt. geltende Arbeitszeitabkommen zu kündigen. In dem Kündigungs-schreiben werden neue Forderungen nicht aufgestellt. — Wie verlautet, werden die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen, da der Abzug der Löhne unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ausreichend sei. Man nimmt an, daß von den Verbänden, die sich für die Annahme des Schiedsspruches aussprechen, die Verbindlichkeit des Spruches beantragt wird.

Verwaltungsreform in Baden

II.

Aber nicht nur vom finanziellen, sondern auch von einer Reihe anderer Gesichtspunkte aus erheben sich gegen die Vorschläge des Spargutachten die schwersten Bedenken. Die Sparkommission muß selber zugeben, daß die Aufhebung von Amtsbezirken für die Bevölkerung, welche künftig den weiten Weg zur Amtsstadt zurückzulegen hat, eine Verschlechterung bedeutet, und namentlich für die bisherige Amtsstadt, die mit dem Bezirksamt ein gewisses Kulturzentrum und eine Stelle, die Verkehr in die Stadt brachte, verliert, erhebliche Nachteile zur Folge hat. Der immer wieder gebrachte Hinweis, daß bei der Entwicklung des Kraftwagenverkehrs weitere Entfernungen nicht mehr die Bedeutung haben wie früher, ist ein ganz ungenügender Trost für die Betroffenen. Sie verlieren eben doch ihre Zeit, und umsonst fährt sie niemand zur weit entfernten Amtsstadt. Bei der heutigen Geldknappheit spielt eben auch das Fahrgehalt eine Rolle. Daß die Amtstage eine Entschädigung für das verlorene Amt bedeuten sollen, wird nirgendwo Glauben finden. Die Volksmeinung geht mit Recht dahin, daß man den Verkehr mit den Behörden möglichst leicht machen soll, und daß sie dafür auch die hohen Steuern zahlt. Man denke auch daran, daß sehr viel an Staatsautorität verloren gingen, wenn draußen in den vielen Gemeinden die staatlichen Behörden verschwinden würden.

Das Spargutachten gibt auch keine Auskunft darüber, wie in der Folge die 27 Amtskörperschaften, die an die Stelle der 11 Kreise treten sollen, deren Aufgaben erfüllen könnten. Es ist doch schon jetzt so, daß die heutigen Kreise ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen, trotz ihrer Größe. Die Hoffnung, daß durch Befreiung der Kreise die Umlagen gesenkt werden können, ist irrig. Die neuen Amtskörperschaften werden vielmehr noch weniger leistungsfähig sein, als die Kreise. Und wer soll endlich die Anlehensschulden der Kreise übernehmen? Übrigens ist auch die Behauptung des Gutachtens unerwiesen, daß die Kreise in Baden nicht bodenständig geworden seien. Man lasse sie nur ruhig arbeiten und gebe ihnen ein größeres Arbeitsfeld als Selbstverwaltungskörper, das wird dem Staat eine größere Entlastung bringen, als die Einführung der Amtskörperschaften. Schließlich weiß ja auch das Gutachten zur Erledigung gewisser Aufgaben, die heute die Kreise zu erfüllen haben, keinen anderen Weg, als wieder den Zusammenschluß mehrerer Amtskörperschaften zu einem Zweckverband. Diese Zweckverbände werden übrigens auch bei der Schaffung von Amtskörperschaften nicht zu entbehren sein. Mit Recht wurde schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß der bisherige badische rechtliche Zweckverband gegenüber der starren Amtskörperschaft den großen Vorzug der Anpassungsfähigkeit an alle Situationen habe, die sich ergeben.

Nach den Vorschlägen des Spargutachtens sollen an der Spitze der Verwaltung der Amtskörperschaft der Landrat stehen. Er würde damit also zugleich Organ der Staatsverwaltung und der Amtskörperschaft als Selbstverwaltungskörper. Der Selbstverwaltungskörper, an dessen Spitze ein staatlicher Beamter steht, der nach den Weisungen der Regierung zu handeln hat, hört auf, ein Selbstverwaltungskörper zu sein. Das ist doch die wichtigste Eigenschaft eines Selbstverwaltungskörpers, daß gerade seine Spitze frei und unabhängig gegenüber dem Staate ist. Und wenn der Landrat wirklich an die Spitze der Amtskörperschaft gestellt werden sollte, dann werden diese mit der Zeit den Anspruch erheben, bei der Ernennung der Landräte bestimmend mitzuwirken. Das kann unmöglich im Interesse der Staatsautorität sein. Der Staat muß in der Ernennung seiner Beamten vollkommen frei sein.

Die Übertragung des Fürsorgewesens der Gemeinden auf die Amtskörperschaften würde ebenfalls keine Verbilligung mit sich bringen. Statt Behördenabbau schlägt das Spargutachten hier sogar eine neue Behörde, nämlich einen aus den Amtskörperschaften und den körperschaftsfreien Städten zu bildenden Landesfürsorgeverband mit einem staatlichen Vorsitzenden vor. Daß damit, daß man eine neue Behörde aufzieht, die Lasten geringer würden, wird im Ernst niemand behaupten wollen.

Wo die Verbilligung liegen soll, wenn man die Kreisräte, Bezirksräte und Bezirksstärzte den Bezirksämtern angliedert, ist gleichfalls völlig unklar, da bei Durchführung dieses Vorschlages wieder Erweiterungsbauten notwendig werden.

Das Gutachten tritt sehr warm für die Beibehaltung der Landeskommissare ein, mit dem Hinweis auf deren besondere Aufgaben, die bei ihrer Aufhebung vom Ministerium des Innern übernommen werden müßten. Man könnte diese Einrichtung ohne Bedenken fallen lassen, und damit wirklich etwas sparen. Ein Weg dazu wäre der, die Vorstände der vier Bezirksämter, welche bisher Sitz der Landeskommissariate waren,

mit den Aufgaben der Landeskommissionäre zu betrauen. In diesem Falle müßten natürlich die Polizeidirektionen in den vier Städten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, und Konstanz von den Bezirksamtern getrennt und selbständig gemacht werden und hätte den Vorteil, daß dabei wirklich etwas vereinfacht wird, um so mehr, wenn die Landräte an den genannten vier Orten gleichzeitig in Verwaltungssachen letzte Instanz für Entscheidungen würden. Damit würde das Ministerium des Innern, das weniger verwaltet und mehr regieren soll, eine erhebliche Entlastung erfahren.

Alles in allem gesehen — auf Einzelheiten wird später noch zurückzukommen sein — ist nicht zu erkennen, wo in den Vorschlägen des Spargutachten hinsichtlich der inneren Verwaltung Möglichkeiten zu Ersparnissen sein sollen. Sie haben stärksten politischen Charakter, bringen aber bloß eine Amorganisierung, während doch heute eine Vereinfachung das Wichtigste ist. In Staat und Gemeinde können aber Ersparnisse nicht erzielt werden durch einen Umbau oder eine Amorganisierung der Verwaltung, sondern nur durch eine Einschränkung der Aufgaben.

Vorbereitung

einer internationalen Abrüstungskonvention

Unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil fand in Paris am 1. Juli eine Konferenz der Zentralleitung des Rotarclubs eine Konferenz von Vertretern internationaler Organisationen statt, um eine große Abrüstungskonvention von etwa 2000 internationalen Vereinen vorzubereiten, die Mitte November in Paris stattfinden soll. Dr. Kirchhoff, der Vertreter Deutschlands, betonte, die gleichen Grundzüge, die bei der Abrüstung Deutschlands zur Anwendung gekommen seien, müßten bei der allgemeinen Abrüstung durchgeführt werden. Senator de Foubert und die Abg. Periot und Pierre Cot vertraten den französischen Standpunkt. Es wurde eine Entschließung angenommen, die der deutschen Auffassung Rechnung trägt.

Kurze Nachrichten

Anzeigen der Steuereingänge. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Erlass der Verordnung über Zuschläge für Steuerrückstände dazu geführt, daß die Steuereingänge im Anstiegen begriffen sind. Steuerausfälle sind nicht mehr festzustellen. Man rechnet mit weiteren großen Zahlungen vor dem 31. Juli. Die Überweisungen des Reichs an die Länder dürften jedoch nicht die volle Summe erreichen.

Keine Verlängerung des Devisenablieferungsverkehrs. Die Frist zur Ablieferung oder Anzeige von Devisenbeständen im Gesamtbetrag von 20 000 RM und mehr läuft nur noch bis zum 29. Juli 1931 und wird nicht verlängert. In einer weiteren Durchführungsverordnung ist bestimmt, daß Ehegatten, die nicht dauernd voneinander getrennt leben und ferner Eltern und mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebende Kinder ihre Devisenbestände zusammenzuzählen haben.

Noch kein Aufruf für Devisenbestände unter 20 000 RM. Zu einer von mehreren Berliner Zeitungen getragenen Meldung, der Aufruf der Devisenbestände unter 20 000 RM solle unmittelbar bevorstehen, erfahren wir von zuständiger Seite, daß darüber noch keine festen Beschlüsse gefaßt worden sind.

Verlängerung der Fristen für Vermögenssteuererklärung usw. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, werden die Fristen für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung, für die Anzeige von Beteiligungen und für die Steueramnestie allgemein bis zum Ablauf des 31. August 1931 verlängert. Zu den Vorschriften über die Anzeige von Beteiligungen und über die Steueramnestie werden demnächst entsprechende Durchführungsbestimmungen erlassen werden.

Rentenauszahlungen unbeschränkt. Das Reichspostministerium weist darauf hin, daß an den Postkassern die Gebühren für den gewöhnlichen Tag in üblicher Höhe zur Auszahlung gelangen.

Keine Gebühr für Reisen nach Ostpreußen. Auf Grund wiederholter Anfragen, ob die Entrichtung einer Gebühr für Auslandsreisen auch für Fahrten in Kraftwagen von und nach Ostpreußen in Frage kommt, ist darauf hinzuweisen, daß, sofern die Fahrt innerhalb des polnischen Korridors erfolgt, die Gebühr ebenso wie bei Reisen auf der Eisenbahn nicht erhoben wird. Eines Vermerks im Paß bedarf es nicht.

Abgabe der Nationalsozialisten an die Wirtschaftspartei. Nachdem bereits am Freitag die Deutschnationale Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei einen abschlägigen Bescheid erteilt hat, haben auch die Nationalsozialisten die Wirtschaftspartei wissen lassen, daß sie den Antrag der Wirtschaftspartei auf Einberufung des Reichsrats und des auswärtigen Ausschusses nicht unterstützen werden.

Die sozialistische Arbeiterinternationale in Wien. Der IV. Kongreß der sozialistischen Arbeiterinternationale ist am Samstag zusammengetreten. An dem Kongreß nehmen 600 Delegierte von 34 sozialdemokratischen Parteien teil. Wanderwelle gab eine Darstellung der gesamten politischen Lage. Die Schwierigkeiten seien trotz der Londoner Konferenz nicht behoben. Insbesondere wird die Internationale ihre Aufmerksamkeit auf die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und Mitteleuropa richten.

Wieder ein Todesurteil wegen Spionage in Polen. Wie aus Warschau berichtet wird, wurde ein Korporal eines Artillerieregiments der Legionäre wegen Spionage zugunsten Litauens zum Tode verurteilt und erschossen.

Staatsstreich in Chile. Der bisherige Staatspräsident Pedro Pablo Kuczynski hat, wie Habas aus Santiago de Chile hört, die Leitung der chilenischen Republik übernommen.

Ein englischer Richter in Indien ermordet. Der Distriktsrichter Garlick ist im Gerichtsgebäude in Kalkutta ermordet worden.

Regenmassen, wie sie seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurden, haben in Kanton großen Schaden angerichtet. 4000 Häuser sind eingestürzt, 10 000 Personen obdachlos. Teile der Stadt stehen meterhoch unter Wasser. Auch andere Städte im Jiangtsetal sind in ähnlicher Weise betroffen worden.

Der neue Rektor der Universität Heidelberg. Der Senat der Universität wählte zum Rektor für das neue Studienjahr den Mineralogen Prof. Dr. Otto Erdmannsdörffer. Der neue Rektor wurde 1876 in Heidelberg als Sohn des Geschichtsprofessors Erdmannsdörffer geboren und hatte sich 1908 in Berlin habilitiert. Seit 1926 wirkt er als Nachfolger Wülfing in Heidelberg.

Vom Zeitungsinstitut Heidelberg. Der Dozent am Heidelberger Universitätsinstitut für Zeitungswesen, der frühere Chefredakteur Alfred Scheel, Mannheim, wird aus Gesundheitsrücksichten am 1. Oktober aus seiner Stellung ausgeschieden.

Die neue deutsche Garantiebank

Sicherung des Überweisungsverkehrs

Die offizielle Gründung der Akzept- und Garantiebank AG., erfolgt am Montag in Berlin. Diese Gemeinschaftsaktion der Banken unter Garantie des Reichs läuft auf eine in umfassendem Rahmen zu vollziehende Sicherung des Überweisungsverkehrs hinaus, um auf diese Weise die bestehenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zu beseitigen und zum normalen Geldverkehr zurückzuführen. Die Tätigkeit der neuen, mit einem Kapital von 200 Mill. Reichsmark ausgestatteten Bank wird darin bestehen, daß sie Akzept- und Rembourskredite gewährt, ihr Giro gibt und Bürgschaft im Überweisungsverkehr besonders für die entstehenden Debitoren übernimmt. Sie soll dadurch als Ausgleichsstelle zwischen den Banken wirken und gleichzeitig die Finanzierung erleichtern, die ihr durch die Mitarbeit der Reichsbank, sowie die Zugehörigkeit der Rentenbankkreditanstalt, der Bank für deutsche Industrieobligationen und vor allem der Deutschen Goldkreditbank mit ihren starken Mitteln in erheblichem Umfange möglich sein wird.

In unterrichteten Kreisen sieht man in diesem solidarischen Schritt der Großbanken eine weitere Festigung des Vertrauens in das deutsche Kreditwesen. Man rechnet mit einer baldigen Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs. Allerdings wird das Ergebnis der Verhandlungen des inzwischen gegründeten deutschen Stillhaltefortiums mit dem internationalen, zwecks Befassung der noch vorhandenen kurzfristigen Auslandskredite in Deutschland abzuwarten sein, ehe die völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs erfolgt. Erst dann wird auch die Frage einer weiteren Diskontenerhöhung, die man in Fachkreisen für notwendig erachtet, angeschnitten werden.

Die weiteren Pläne der Reichsregierung

Die Besprechungen, die nach der Rückkehr des Reichsänglers begonnen haben, wurden auch am Sonntag fortgesetzt. Der Kanzler muß seine Zeit in diesen Tagen nach zwei Notwendigkeiten einteilen: er muß dafür sorgen, daß die ausländischen Gäste einen möglichst genauen und unmittelbaren Eindruck von der deutschen Notlage bekommen. Daneben ist jetzt allerdings aber wichtig, daß die Reichsregierung, nachdem durch die Maßnahmen der letzten beiden Wochen nun doch immerhin eine gewisse Beunruhigung eingetreten ist, wieder zu Dispositionen auf längere Sicht kommt. Das ist auch der Sinn der Akzept- und Garantiebank, die dazu beitragen soll, Wirtschaftslieben und Zahlungsverkehr wieder zu normalen Verhältnissen zurückzuführen. Weiter wird diese Umstellung auch in anderen Maßnahmen zum Ausdruck kommen, die die Reichsregierung vorbereitet. Sicher ist jedenfalls, daß die neue Woche in diesen Zeiten nicht weniger ereignisreich sein wird, als die vergangene. Der Unterschied liegt nur darin — und er wird in politischen und wirtschaftlichen Kreisen natürlich allgemein begrüßt —, daß der wirtschaftliche und finanzielle Grund, auf dem wir stehen, wieder fester zu werden beginnt, so daß die Reichsregierung zu Planungen zurückkehren kann, die über den Tag hinausreichen.

Gegen die Kapitalflucht

Eine 2. Durchführungsverordnung bestimmt: Ehegatten, die nicht dauernd von einander getrennt leben, ferner Eltern und minderjährige Kinder, die in einer Haushaltung leben, gelten im Sinne dieser Bestimmung als ein Pflichtiger.

Die Formulare sind in doppelter Ausfertigung auszufüllen und einzureichen. Ein Stück ist dem Anzeigepflichtigen zurückzugeben. Die bezeichneten Kreditinstitute haben das zweite Formular bis zum 20. August 1931 an die örtlich zuständige Reichsbankanstalt abzuliefern; dabei sind die Entscheidungen ersichtlich zu machen.

Als Forderungen in ausländischer Währung gelten nicht Forderungen in ausländischer Währung gegen Personen, die im Inlande ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder Ort der Leitung haben, mit Ausnahme von Ansprüchen aus Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten.

Kapitalflüchtige suchen Reichsmark in der Schweiz?

Während vor einigen Tagen in der Schweiz sich niemand mehr mit der deutschen Reichsmark befreundet wollte, oder diese nur widerwillig zu Unterkufen angenommen wurde, ist seit Donnerstag die Reichsmark für größere Posten an der Zürcher und Basler Börse gesucht, sogar zum Kurse von 122 bis 122,80. (Umgekehrt notiert der Schweizer Franken in Berlin Devisenkurse 61,50 und 62,01.) Im Zusammenhang damit erzählt man, daß die deutsche Reichsmark von den Kapitalflüchtigen benötigt wird, um dem Anmelbungszwang bei der Reichsbank zu entgehen. In Grenzzeitungen sind auch Inserate erschienen, in denen die Ablösung von Schweizer Krediten angeboten wird. Auch hier handelt es sich ohne Zweifel um Kapitalflüchtige, die auf diese Weise ihr Geld wieder unbemerkt ins Inland bringen wollen.

Kleine Chronik

Ein plötzlich aufkommender Sturm, von dem die Megatta des Chemie-Tagungsflusses überrascht wurde, hat am Sonntag ein Todesopfer gefordert. Es handelt sich um das Mitglied der Tagungsschule Bach aus Wien. Von den 20 Booten der Megatta kamen durch den Orkan vier zum Kentern. Der größte Teil der Boote wurde in alle Windrichtungen verschlagen.

Der ehemalige Richter des Oberwaldclubs in Darmstadt hatte sich vor dem Gericht wegen Unterschlagung von 11 000 Reichsmark, Antrug, Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte, der ein Monatsgehalt von 650 RM bezog, war aber durch Krankheit seiner Frau und Schulden seines Sohnes in eine missliche Lage gekommen. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis. Von der erlittenen Unterzuchungshaft von 11 Monaten werden 6 Monate angerechnet.

Einer der Direktoren der Deutsch-Südamerikanischen Bank, der 53 Jahre alte Wilhelm Zan, hat sich am Samstag im Garten seiner Villa in Berlin-Zehlendorf erhängt.

In Mohrbach bei St. Ingbert hat nach vorausgegangenem Streit im Wirtshaus ein 27jähriger Italiener, der an diesem Tage an der Hochzeit der Tochter eines Italieners in Mohrbach teilnahm, eine Frau durch einen Schuß ins Herz auf der Stelle getötet und deren Schwarm und einen zu Hilfe kommenden Arbeiter schwer verletzt. Der Italiener hat 8 bis 9 Schüsse abgegeben. Er hat ergriffen werden können.

Der Davis-Kopal, die wertvollste Trophäe im internationalen Tennissport, wurde von Frankreich am Sonntag zum fünften Male hintereinander erfolgreich verteidigt. Nachdem der Engländer Austin den Franzosen Borotra in vier Sätzen geschlagen und den Gleichstand erzielt hatte, konnte der Franzose Cochet den Engländer Perch bezwingen und somit den nötigen Gewinnpunkt für sein Land buchen. Frankreich gewann mit 3:2 Punkten.

Badischer Teil

Der badische Staatspräsident zur Lage

In einer Versammlung des Windthorstbundes in Karlsruhe machte Staatspräsident Witemann bemerkenswerte Ausführungen. Er übte zunächst Kritik an der Reichsbank, die es an der nötigen, zeitlich richtig einsetzenden Energie habe fehlen lassen, und bezeichnete als das Erfreulichste unter den Notverordnungen das Gesetz gegen die Kapitalflucht, das allerdings schon früher hätte kommen sollen. Dann fuhr der Staatspräsident nach dem Bericht des „Badischen Beobachters“ fort:

Die Reichsregierung hatte den süddeutschen Länderregierungen mitgeteilt, daß das Reich keine Überweisungen geben wolle an die Länder, die Privatnotenbanken hätten. Glücklichlicherweise sei es etwas anders geworden. Weiterhin habe man das Anfinnen gestellt, daß diese Privatnotenbanken den Ländern ihr Gold und ihre Devisen an die Reichsbank geben sollten, sie würden dann dafür Kredite erhalten. Mit Nachdruck hob Staatspräsident Witemann hervor, daß die Länder, wenn sie noch die Steuerhoheit hätten, in diese fürstbare Not gekommen wären. Um dieser Not zu fliehen, sei sogar an die badische Regierung das Anfinnen gestellt worden, die Staatsunternehmungen zu verpfänden. Das habe man aber abgelehnt.

Die Frage für Baden sei nun die: Wie kann es sich helfen? Als der Landtag noch beisammen gewesen wäre, hätte niemand an ein Notgesetz gedacht. Der damalige Finanzminister Dr. Schmitt habe vielmehr geglaubt, es ginge noch mit anderen, allerdings tief einschneidenden, aber teilweise gleich einschneidenden Maßnahmen bis zum Landtagszusammentritt im September. Das sei die Wahrheit, und damit sei die Behauptung, die badische Regierung habe nur auf den Schluß des Landtages gewartet, um ein Notgesetz zu erlassen, hinfällig. Seit aber der neue Finanzminister die Geschäfte übernommen habe, seien die Eingänge vom Reich und die eigenen Einnahmen rapid weiter ungenügend zurückgegangen. In einer darauffolgt zusammenberufenen Kabinettsitzung habe Finanzminister Dr. Mattes zum erstenmal den Gedanken eines Notgesetzes geäußert. Von Berlin habe man keine Hilfe erhalten. Vor der entscheidenden Kabinettsitzung seien die Beamtenvertreter empfangen und gehört worden. Diese hätten den Vorschlag gemacht, den Sprözigen Gehaltsabzug als Darlehen zu stunden. Das hätte aber dem Lande keine finanzielle Erleichterung gebracht, sondern nur die schwebende Schuld vermehrt.

Aber die Härten und schweren Folgen des Notgesetzes sei sich die badische Regierung vollkommen im Klaren gewesen. Ohne die Sprözigen Kürzung der Gehälter wäre aber die normale Auszahlung nicht möglich geworden. Zu dem Protest der Kommunalbehörden erwähnte der Staatspräsident, daß an die Empfänger von hohen Einkommen das Ersuchen gerichtet worden sei, so wie die badischen Minister auch auf 20 Proz. ihrer Bezüge zu verzichten. Mit einer rühmlichen Ausnahme sei aber nichts bekannt geworden. Die augenblickliche Situation habe die Einberufung des Landtages verboten; es sei auch nicht möglich gewesen, die Kommunen vorher zu hören; nach der Verfassung war dies beim Notgesetz nicht vorgeschrieben. Die größten Härten der Notverordnung sollen durch den Milderungsparagraphen beseitigt werden.

Der Redner nahm den früheren Finanzminister Dr. Schmitt gegen den Vorwurf in Schutz, daß er eine schlechte Finanzpolitik getrieben habe.

Beginn der Schulferien

Das badische Unterrichtsministerium hat die Direktionen der höheren Lehranstalten ermächtigt, erforderlichenfalls am Freitag, den 31. Juli nachmittags, die Verfassungsfeier abzuhalten, da dem Schulbesuch am 1. August durch die zahlreichen auswärtigen Schüler Schwierigkeiten verschiedener Art entgegenstehen. Die Herbstferien beginnen dann am 1. August.

Aus der badischen Industrie

Vorübergehende Stilllegung der Schnellpressfabrik AG., Heidelberg. Nach einer Mitteilung der Verwaltung kommt ein seit längerer Zeit gefasster Plan zur Durchführung, anfangs August den Hauptteil ihres Betriebes auf die Dauer von vier Wochen stillzulegen. Die Fabrik hat zu diesem Zeitpunkt etwa 300 Arbeitern gefündigt und wird nur eine kleine Anzahl von Leuten zur Erledigung des Verbandes und zur Inangahaltung einer Abteilung erhalten.

Dreiwöchige Schließung einer Schmelzfabrik. Der Belegschaft der Schmelzfabrik Gebrüder Kraft in Fahrnaub bei Schopfheim ist gekündigt worden. Infolge schlechten Abgangs will die Betriebsleitung die Fabrik auf etwa drei Wochen schließen. Schon jahrelang mußte in der Schmelzfabrik verdrängt gearbeitet werden, zuletzt nur noch drei Tage in der Woche. Die Schmelzabteilung arbeitet schon seit Februar überhaupt nicht mehr und muß der ganze Betrieb geschlossen werden.

Tagungen

Der 9. Bodensee-Lehrertag in Konstanz. Um über die Landesgrenzen hinweg eine Gelegenheit zu freundschaftlichem Gedankenaustausch mit berufsgleichen Freunden zu schaffen, haben sich die Volksschullehrkräfte Österreichs, der Schweiz und Deutschlands einen Jahrestag geschaffen, der heuer nach 17 Jahren wiederum in Konstanz stattfand. Eine besondere Note erhielt die Zusammenkunft durch die Anwesenheit von Lehrern und Lehrerinnen aus Skandinavien und Island, die z. B. als Gäste in Konstanz weilten. In seiner Begrüßung führte Hauptf. Giegerich, Konstanz, aus, daß die Schulen aller Länder und mit ihr in erster Linie die Lehrer der Aufgabe der Befriedung der Menschheit und der Überwindung der gegenwärtigen Kultur- und Bildungskrisis dienen müßten. Der Entseelung der Menschen und der Abschaffung des einzelnen stelle er die hohe Idee der Nächstenliebe und des Ausgleichs unter den Völkern gegenüber. In herzlicher Ansprache beleuchtete Bürgermeister Knapp, Konstanz, die kulturelle Bedeutung des Bodenseegebietes zu allen Zeiten. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Lichtbildvortrag von Dr. Koll, Schaffhausen, über „Das Pflanzen- und Vogelleben am Bodensee“. In seinem Schlußwort gedachte der Vorsitzende der freien Bodenseelehrervereinigung, Oberlehrer a. D. Josef Mayer, Friedrichshafen, der früheren Tagungen. Die Veranstaltung war von musikalischen Darbietungen umrahmt. Die nächstjährige Tagung findet in Lindau statt.

Die Landesversammlung des Badischen Gendarmenvereins, die am Dienstag, den 28. Juli, in Kehl stattfinden sollte, ist, der misslichen Zeitverhältnisse wegen, bis auf weiteres verschoben worden.

Gemeinderundschau

Aus den Bürgerausschüssen

Der Bürgerausschuss **Walldürn** genehmigte einen außerordentlichen Holztrieb von 600 Festmetern. Der Erlös wird dem Schwimmverein zwecks Finanzierung des bereits begonnenen Schwimmbades im Marsbachtal überlassen. Genehmigt wurde ferner ein außerordentlicher Holztrieb in Höhe von 3000 Festmetern zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen für ausgefeuerte Arbeitslose.

Der Bürgerausschuss **Pforzheim** hat einer Änderung der Straßenbahnfahrtplan zugestimmt. Danach werden die Einzelfahrtscheine für Erwachsene einheitlich für das ganze Netz auf 20 Pf. festgelegt. (Bisher 15 und 20 Pf.) Beim Gebrauch einer Wochengrundgebührlarte = 70 Pf., oder einer Monatsgebührlarte = 280 Pf., ermäßigt sich der Fahrtschein auf 10 Pf. Der neue Tarif tritt ab 1. August 1931 in Kraft. Die Grundgebührlarte ist gleichzeitig von zwei Personen benutzbar. Mit der Abänderung der Tarife will man versuchen, den Fehlbeitrag des Straßenbahnbetriebes herabzumindern.

In der **Schopfheimer** Bürgerausschussung wurde der Dienstvertrag des am 30. Juni neugewählten Bürgermeisters Dr. Kiefer, Badenweiler, behandelt. Der Vertrag sieht einen Gehalt von 9000 RM. vor, das sich durch Wohnungsgeld, Aufwandsentschädigung und Kinderzulagen auf 11 400 RM. erhöht. Die Stadtkasse trägt den gesamten, die Fürsorge zu beziehenden Betrag von 1940 RM., dagegen gehen 1000 RM., die der Bürgermeister als Vorsitzender der Sparkasse Schopfheim erhält, sowie ähnliche Einnahmen aus Amtshandlungen u. dgl. an die Stadtkasse. Das Gehalt selbst verringert sich durch die Abzüge aus den Nebenordnungen um 17 bis 18 Prozent. In der namentlichen Abstimmung traten 35 Gemeindevorordnete für und 24 gegen die Annahme des Vertrages ein, der somit eine Mehrheit gefunden hat und angenommen ist.

Der Bürgerausschuss **Bell i. W.** befaßte sich mit dem Rechnungsabz. Dabei wurden eine Reihe von Positionen beanstandet, die die Stellung des Bürgermeisters betreffen. Auf dem Wege der zivilrechtlichen Klage h. m. der Verwaltungsrechtlichen Feststellungsklage sollen verschiedene Zahlungen an Bürgermeister Walz klargestellt werden. Das trifft vor allem auf die Frage zu, ob der Bezug des Wohnungsgeldes neben der freien Dienstwohnung berechtigt ist. Weiter soll geprüft werden, die Rechtsgültigkeit des Autovertrages, in dem die Vererbung des Privatautos zu Dienststreifen und die Kostenüberstattung dafür geregelt ist und die Berechtigung der Überleitung der Besoldung des Bürgermeisters von Gruppe XII/7 nach 2 b gegeben ist. Der Bürgerausschuss fordert Vorlagen über all diese Punkte, die in einem anderen Sinne, als sie jetzt geregelt sind, gelöst werden sollen.

Voranschläge der Gemeinden

Die Gemeinde **Edingen** hat dem Bezirksrat Mannheim nunmehr ihren genehmigten und ausgelegten Voranschlag für 1931 vorgelegt. Es steht lediglich noch der Voranschlag der Gemeinde **Klanstadt** aus, der die Auflage gemacht worden ist, ihren Voranschlag bald fertigzustellen, bzw. durch den Bürgerausschuss annehmen zu lassen, sonst droht der Gemeinde der Zwangsstat.

Ebenso wie in den Nachbargemeinden **Schriesheim** und **Altsheim** ist auch in **Ladenburg** noch kein Voranschlag für das Haushaltsjahr 1931/32 aufgestellt. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß die Stadtgemeinde zur Zeit ohne Bürgermeister ist, da Bürgermeister Koch am 3. Juni sein Amt niedergelegt hat und der neuen Bürgermeister **Sagen** erst am 10. August die Amtsgeschäfte übernimmt.

Der **Schwefinger** Voranschlag wurde durch Verfügung des **Badischen** Bezirksrats **Mannheim** vom 15. Juli für unbeanstandet erklärt. Der Gemeinderat nahm hiervon Kenntnis.

Der Bürgerausschuss **Sulzburg** stimmte dem Voranschlag für 1931/32, der in den Einnahmen mit 105 662 RM. in den Ausgaben mit 133 514 RM. abschließt zu. Zur Deckung der verbleibenden 27 852 RM. ist eine Umlage von 86 Pf. beim Grundvermögen, 33 Pf. beim Betriebsvermögen und 114 Pf. beim Gemeinvermögen notwendig. Zur Abdeckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages wäre die Erhebung der Bürgersteuer notwendig. Der Bürgerausschuss verwarf jedoch nahezu einstimmig dieser Steuer seine Zustimmung.

Der Bürgerausschuss **Ettenheim** stimmte der Einführung der Biersteuer ab 1. August zu. Die Sätze für Umlage und Bürgersteuer wurden genehmigt, ebenso die Erhöhung einer Aufnahmeanleihe für die Wasserversorgung von Ettenheimweiler um 9000 auf 19 000 RM.

Der Bürgerausschuss **Kollnau i. Br.** genehmigte mit 27 gegen 25 Stimmen den Voranschlag. Die Erhebung der doppelten Biersteuer und der doppelten Bürgersteuer wurde mit 27 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Die Erhebung des Wasserzinses um 20 Prozent wurde mit 33 gegen 19 Stimmen angenommen.

Der Bürgerausschuss **Weil a. Rh.** sah sich durch die Verhältnisse, vor allem durch die badische Nebenordnung gezwungen, über einen Nachtrag zum Voranschlag für 1931 zu beraten. Durch den Rückgang der Steuereingänge rechnet man mit einem Mindereinkommen von 33 000 RM. bei den Umlageeinnahmen mit einem solchen von 18 000 RM. Man mußte daher die Bier- und Bürgersteuer in den Nachtrag aufnehmen. Sämtliche Parteien haben bei der Abstimmung die Vorlage einstimmig abgelehnt.

Nachdem der Stadtrat **Singen a. S.** die Einführung einer weiteren auf 10 Proz. erhöhten Getränkesteuer abgelehnt hat, hat der Bezirksrat als Staatsaufsichtsbehörde der Stadt die Auflage gemacht, diese Steuer ab 1. August 1931 zu erheben.

Bürgermeisterwahl. In **Müncheln** bei Schopfheim wurde mit großer Mehrheit der Landwirt **Josef Anton Maier** zum Oberhaupt gewählt. Der bisherige Bürgermeister erhielt nur 51 Stimmen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Farbe im Stadtbild

Das Thema, das in der letzten Zeit mehrfach schon die Öffentlichkeit alarmiert hat, wurde erneut zur Diskussion in einem Vortrag gestellt, den Dr. Ludwig Moser, der Konfessor am Schloßmuseum, vor einem stark interessierten Publikum hielt. Allerdings beschränkte sich seine Ausführungen, deren genauerer Titel „Der farbige Anstrich in der Baukunst des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts“ und die jüngsten Renovierungen in Karlsruhe“ hieß, nicht nur auf eine referierende Darstellung, sondern waren zugleich eine polemische Auseinandersetzung mit den jüngsten Ergebnissen des badischen Denkmalschutzes, d. h. sie befaßten sich insbesondere mit der restaurierenden Tätigkeit des Ministerialrats Prof. Dr. Hirsch und griffen vor allem dessen Arbeiten am Schloßmuseum, an der Münze sowie im Innern der evangelischen Stadtkirche an. Da der Referent außerdem im Auftrag der Karlsruher Ortsgruppe des D.M.A. sprach, kam seinen Darlegungen immerhin erhöhte Bedeutung zu, zumal ihm sowohl der derzeitige Ortsvorsitzende Köhler in seinen Eröffnungs-

worten, wie auch Architekt Gsch (Mannheim) in der anschließenden Aussprache nachdrücklich zustimmten.

Inhaltlich forderte nun Dr. Moser von einem verantwortungsbewußten Denkmalspfleger zunächst pietätvollste Erhaltung der Wandmalereien und bei deren notwendiger Restauration möglichst Kenntnis ihres ehemaligen Zustandes, zwei Vorbedingungen, die er aber bei dem jetzigen Baureferenten des Finanzministeriums vermisste. Denn genaueste Nachprüfung habe z. B. beim Schloßmuseum keinerlei Anhaltspunkte für dessen frühere farbige Bemalung ergeben, vielmehr würden die meisten alten Stiche, Zeichnungen und Aquarelle und vorab das große Stadtpanorama von 1826 deutlich einen grauen Anstrich erkennen lassen, wie dieser sich auch auf demselben Blatt (Stadtgeschichtliches Museum) aus Weinbrenners Todesjahr nicht nur für die Münze, sondern bei dessen sämtlichen Bauten wiederfinde. Damit sei jedoch Hirschs vermeintliche Neuentdeckung eines bunten Klassizismus widerlegt und einer nun seit 16 Jahren theoretischen Behauptung, die sich auf zufällige Aftenfunde und einige verpublizierte Studien zu stützen glaube, endgültig der wissenschaftliche Boden entzogen. An Hand von zahlreichen Lichtbildern und Originalüberlieferungen suchte der Redner des weiteren unter Beweis zu stellen, daß auch bei der Erneuerung der Stadtkirche ein denkmalspflegerisches Studium, das auf alle erreichbare historische, künstlerische und kulturelle Dokumente zurückgegriffen hätte, zu einem ganz anderen Resultat hätte kommen müssen und niemals in „anmaßenden Dilettantismus“ hätte ausarten dürfen. Daß der Redner seine mit außerordentlicher Schärfe vorgebrachten Worte schließlich in der Forderung nach einer umgebenen personellen Änderung in der Verwaltung der badischen Denkmalspflege gipfeln ließ, zeigte noch einmal zur Genüge den protestierenden Charakter, den die ganze Veranstaltung trug und von vornherein wohl tragen sollte, als Entgegnung zu Hirschs bekannter Broschüre „Der Fall Leonelli“. D. Sch.

Laienpielturs in Karlsruhe. Der Badische Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege hat in seiner Sitzung vom 10. Juli die Abhaltung eines Laienpielturfes beschlossen. Der Lehrgang soll sechs Tage dauern und wird in der Zeit zwischen dem 20. September und 16. Oktober stattfinden. Zugelassen werden Angehörige aller angeschlossenen Verbände, Klubs und Vereine.

Die Karlsruher Kathauschlächt vor Gericht. Die Saalstraße im Karlsruher Rathaus am 11. Mai wird erst am Mittwoch, den 19. Juli, zur Verhandlung kommen. Der Eintritt zum Schöffengerichtssaal ist wegen des zu erwartenden großen Andranges nur gegen Karten gestattet. Eine Polizeibereitschaft wird für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Vorsitzender des Gerichts ist Amtsgerichtsrat Dr. Köhler.

Gelbstrafen wegen Übertretung des Uniformverbotes. Wie erinnerlich, hielten am Abend des 16. Juli im „Friedrichshof“ in Karlsruhe 142 SA-Männer der NSDAP. unter Führung des Schriftleiters Franz Moraller einen Appell ab, bei dem sie trotz des Uniformverbotes vom 11. Juli in Uniform erschienen waren. Auf eine telephonische Anzeige beim Bezirksamt griff eine Polizeibereitschaft ein, die die Nationalsozialisten festnahm und ihre Uniformen beschlagnahmte. Moraller hatte sich am Samstag mit 16 Parteigenossen vor dem Schnellrichter wegen Zuwiderhandlung gegen § 8 der Nebenordnung des Reichspräsidenten vom 28. März d. J. und gegen das Uniformverbot des badischen Innenministers vom 11. Juli d. J. zu verantworten. Gegen Moraller wurde eine Gelbstrafe von 30 RM. gegen 12 Mitangeklagte eine solche von 20 RM. ausgesprochen, während vier Angeklagte mangels Beweises freigesprochen wurden. Die vom Staatsanwalt beantragte Einziehung der Uniformen lehnte das Gericht ab.

Politische Schlägereien. In zwei Fällen haben in den beiden zurückliegenden Tagen Anhänger der NSDAP. Angehörige des Reichsbanners beleidigt und bedroht, in einem Fall körperlich mißhandelt. Die Täter sind ermittelt und werden der zuständigen Behörde zur Verurteilung vorgeführt. — Wegen unerlaubten Verteilens kommunistischer Flugblätter mußte in zwei Fällen polizeilich eingeschritten werden.

Die manche Sonntag „feiern“. Im Laufe des Samstag und Sonntag mußte die Polizei mehrfach gegen Personen einschreiten, die sich verprügelten oder groben Anstus verübten.

Die Schattenzeiten der Motorisierung. Der heutige Polizeibericht enthält Mitteilungen über sechs Verkehrsunfälle, die sich am Samstag und Sonntag zugetragen haben und zumeist auf Verletzungen der Vorschriften (Vorfahrtsrecht usw.) zurückzuführen sind. In der Mehrzahl der Fälle kamen die Fahrer mit leichten Verletzungen und Sachschaden davon. Schwere Natur war der Zusammenstoß eines Lieferautos mit einem Radfahrer an der Straßenkreuzung Südbund- und verlängerte Brauerstraße, der dadurch hervorgerufen wurde, daß der Lieferwagen dem Radfahrer gegenüber das Vorfahrtsrecht verlor. Der Radfahrer wurde überfahren und etwa 4 Meter weit geschleift. Er erlitt Verletzungen am Hinterkopf und an beiden Beinen. Der schuldige Kraftwagenführer ist nach dem Vorfall davongefahren; doch konnte das polizeiliche Kennzeichen festgestellt werden. In der Durlacher Allee fuhr ein Motorabfahrer auf einen Radfahrer von hinten auf. Durch den Sturz zog sich der Motorabfahrer und die Sozialfahrerin erhebliche Verletzungen zu.

Der Film des Landestheaters. Der vom Badischen Landes-theater hergestellte Film „Aus der Geschichte eines alten Theaters“, der bereits bei seiner Aufnahme und bei der Probeaufführung größtem Interesse begegnete, wird jetzt der Öffentlichkeit in den Palasttheatern gezeigt.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am heutigen Montag den 27. Juli, gelangt der „Walzertraum“ von Oscar Strauß erneut zur Aufführung. Die immer gerne gehörten Melodien dürfen auch dieses Mal wieder die Besucher der Vorstellung, die um 20 Uhr beginnt, in ihren Bann ziehen.

Ein Volkstanz-Abend mit Gessländer Tanzspielen. Niederdeutschen Tänzen und Liedern wird am Donnerstag, 30. Juli 1931, 8 Uhr, im Studentenhäus (Parkring 7) veranstaltet. Der Karlsruher Volkstanz-Kreis gibt damit der Öffentlichkeit vor dem Ferienbeginn noch einmal ein Bild seiner Arbeit und eine Anregung für die Ferienzeit.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen. Eine über England herangezogene Zykone hat uns Verschlechterung des Wetters gebracht. Zu Nieder-schlägen ist es jedoch gefehert vorerst nur vereinzelt gekommen. Heute früh ist es ziemlich schwül. Eine am Armealanal liegende Front maritim-polarer Luft wird morgen Wühlung bringen. **Vorauslage:** Unbeständig und kühl, zeitweise gewittrige Regenstauer bei lebhaften Westwinden.

Wasserstände: Waldshut 365 minus 9, Basel 178, minus 2, Schutterinsel 240 minus 6, Rehl 378 minus 4, Maxau 575 minus 14, Mannheim 518 minus 31, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

ADAC-Bergerennen auf den Schauinsland

W. Freyburg i. Br., 26. Juli. Zum 7. Male wurde heute auf der über 12 Kilometer langen Freiburg-Schauinslands-Bergstraße mit ihren 178 Kurven das internationale Rennen um den ADAC-Bergpreis 1931 für Sport- und Rennwagen ausgetragen, das gleichzeitig als Großer Bergpreis von Deutschland für Kraftfahrer ohne und mit Seitenwagen Gelung hat. Die Bahn war in ganz vorzüglichem Zustande, Wetter kühl, Himmel leicht bedeckt. Fast alle Klassenrennen — nur zwei der früheren Jahre wurden nicht unterboten — sind geschlagen worden. Die Gelder des Tages sind Caracciola auf Mercedes-Benz-Sportwagen, Bullus auf M.S.L. SS, der in der 500- und 1000-Kubikzentimeter-Klasse startete, sowie v. Morgen-Berlin auf Bugatti in der Rennwagenklasse.

Caracciola benötigte mit seinem verhältnismäßig schweren Mercedes-Benz-Sportwagen nur 8,51,2 Min., was einer Stundendurchschnittsgeschwindigkeit von 81,294 Kilometer gleichkommt. Er hat damit einen neuen Schauinsland-Rekord aufgestellt. Von Morgen fuhr in der Rennwagenklasse bis 8000 Kubikzentimeter auf Bugatti 8,51,4 Min. gleich 81,233 Stundenkilometer. Bullus, der nach seiner Verletzung zum erstenmal wieder an den Start ging, schlug seinen vorjährigen Rekord in der 500-Kubikzentimeter-Klasse der Solomachine mit 9,04,3 Min. gleich 79,324 Stundenkilometer, ebenso stellte er in der Klasse bis 1000 Kubikzentimeter, gleichfalls auf M.S.L. SS mit 9,02,4 gleich 79,587 Stundenkilometer einen neuen Rekord auf. Der vierte Favorit, v. Stud., auf Mercedes-Benz hatte leider Pech. Er mußte unterwegs aufgeben, da er infolge Rutschens die Vorderräder seines Wagens beschädigt hatte.

Bei den Kraftträdern und den Seitenwagen waren im Kampf der 10 Nationen die deutschen Maschinen durchweg siegreich. Eine vorzügliche Leistung vollbrachte bei den Kraftträdern bis 250 Kubikzentimeter Geis-Pforzheim auf DAB mit 9,35,00 Min. gleich 75,130 Stundenkilometer. Bei den Seitenwagen fuhr der noch nicht wiederhergestellte Rang-Cannstatt auf Standard die vorzügliche Zeit von 10,07,1 gleich 67,748 Stundenkilometer in der Klasse bis 600 Kubikzentimeter.

DJ. Mannheim, 27. Juli. In der letzten allgemeinen Studentenversammlung ist die Mannheimer Studentenschaft aufgelöst worden, weil sich im Laufe des letzten Semesters mehr als 100 Immatrikulierte gemeldet haben, den Absteuertag zu bezahlen. Die Republikanische Studentenschaft hatte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

DJ. Heidelberg, 25. Juli. Die Handelskammer Heidelberg bestätigt die Mitteilung über den Rücktritt des Herrn Dr. Schupp als Syndikus. Seinem Antrag auf Enthebung vom Amte wurde unter Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit auf 31. Dezember d. J. entsprochen. Bis dahin ist Dr. Schupp beurlaubt. Mit der Geschäftsführung wurde Dr. vom der Kall als stellvertretender Syndikus betraut.

DJ. Rotensfels (Amt Rastatt), 27. Juli. Gestern nachmittags 4,3 Uhr, flog bei der Turnhalle dem Angestellten eines Schiffshausbesitzers die Schanuel vor die Brust. Es handelt sich um den ledigen 25jährigen Friedrich Grohe, einen gebürtigen Weßfalen. Im Rastatter Krankenhaus ist er um 7 Uhr abends verschieden.

Handel und Wirtschaft

Die Indeziffer der Großhandelspreise. Die vom Stat. Reichsamt für den 22. Juli errechnete Indeziffer der Großhandelspreise ist mit 112,1 gegenüber der Vorwoche leicht um 0,2 v. H. zurückgegangen. Die Indeziffern der einzelnen Gruppen lauten: Agrarstoffe 106,6 (minus 0,6 v. H.), Konsumgüter 96,4 (plus 0,1), industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate 103,3 (plus 0,3), industrielle Fertigwaren 138,2 (minus 0,1).

Freigabe von Mitteln für Rohstoffe. Die Handelskammer Mannheim hat an das Reichswirtschaftsministerium und an das badische Ministerium des Innern folgendes Telegramm gerichtet: „Ebenso wie für Lohnzahlungen ist Freigabe von Beträgen für Lebensmittelbeschaffung, Rohstoffe und Halbfabrikate usw. geboten, da Gefahr in Verzug ist, daß das Wirtschaftsleben immer mehr ins Stoden gerät, wenn die für die Betriebe notwendigen Stoffe nicht mehr beschafft werden können.“

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Kraft Gesetzes treten in den dauernden Ruhestand: Ministerialrat Dr. Karl Armbruster im Ministerium des Kultus und Unterrichts; Ministerialrat Dr. h. c. Otto Künzler im Ministerium des Kultus und Unterrichts; Oberlehrer Franz Sales Rink in Wühlbach, Amt Wolfach; Hauptlehrer Ernst Gerhart in Heidelberg; Hauptlehrer Eduard Kasper in Pforzheim; Handarbeitsinspektorin Marie Lang an der Mädchenrealschule in Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Professor Walter Ludwig am Gymnasium Tauberbischofsheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit; Professor Dr. Georg Hauser am Gymnasium in Karlsruhe wegen leidendender Gesundheit; Hauptlehrerin Mauritia von Plummer in Mannheim bis zur Wiederherstellung der Gesundheit; Hauptlehrer Kunibald Schindler in Walzfeld.

Gestorben: Georg Baumann, Hauptlehrer in Pforzheim. **Justizministerium**

Ernannt: Justizrat Friedrich Schäfer in Heidelberg zum Oberjustizrat daselbst; Justizpraktikant Gustav Rheinboldt beim Amtsgericht Müllheim zum Justizobersekretär; Kanzlistin Barbara Neuhert beim Notariat Pforzheim zur Kanzleiaffistentin; Kanzleischiffin Mina Müller beim Amtsgericht Mannheim zur Kanzlistin.

Verlegt: Landgerichtsrat Dr. Emil Freiherr Voelklin von Voelklinsau in Offenburg nach Freiburg; Justizrat Dr. August Frey in Schopfheim nach Heidelberg.

Zur Ruhe gesetzt auf Antrag: Landgerichtsrat Dr. Ferdinand Eitle in Freiburg.

Gestorben: Amtsgerichtsrat Karl Loos in Baden. **Finanzministerium:**

Übertragen: 1. Das Forstamt II in Forbach dem Oberforsttrat Leopold Schilt in Karlsruhe, 2. das Forstamt Bözberg dem Forsttrat Friedrich Ralsch in Bözberg.

Waldschmid zur täglichen Halspflege

